

Rettet Europa, nicht nur die Banken!

Bearbeitet von
Reinhard Crusius

1. Auflage 2014. Taschenbuch. 420 S. Paperback
ISBN 978 3 8288 3292 3
Format (B x L): 14,8 x 21 cm

Weitere Fachgebiete > Medien, Kommunikation, Politik > Politikwissenschaft
Allgemein > Sachbuch, Politikerveröffentlichungen und -biographien

Zu [Inhaltsverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, red, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three red dots of varying sizes, arranged in a slight arc. Below the main text, the words 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' are written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](#) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Reinhard Crusius

**Rettet
Europa,
nicht
nur die
Banken!**

Mit einem Begleitwort
von Prof. Dr. Wilhelm Nöling

Reinhard Crusius

**Rettet Europa,
nicht nur die Banken!**

Mein kurz gefasstes Programm für ein besseres, zukunftsfähiges Europa – zwei Passagen aus diesem Buch

Rein ökonomisch betrachtet gibt es gute Gründe, dieses ökonomisch zerklüftete Europa und den Euro (nicht die EU!) für unvereinbar zu halten. Ich sehe aber nicht, wie wir politisch heute oder morgen ohne schwer kalkulierbare Risiken aus dem Euro herauskommen. Wir müssen also eine Lösung finden für eine andere Euro-Politik! Wenn die notwendige Vereinheitlichung der Politiken gemäß den Notwendigkeiten einer Währungsunion nicht geht oder nur auf Kosten eines undemokratischen Bürokratie- und Technokratie-Monsters und quälender Eingriffe in das Leben vieler Völker, und wenn die Auflösung oder Trennung der Euro-Zone aktuell aus vielerlei Gründen keine Option ist, müssen wir prüfen, ob unterschiedliche Ökonomien, d.h. auch unterschiedliche Kulturen und Mentalitäten, innerhalb Euro-Europas so organisierbar sind, dass wir zwar eine solidarische Wertegemeinschaft, aber keine institutionalisierte Schuldenhaftungs-Gemeinschaft werden. Ich will also hier als leidenschaftlicher Europäer doch ein Euro-Europa zu skizzieren versuchen, das Einheit und Ungleichheit (besser verstanden als Verschiedenheit) unter einen Hut kriegt.

Meine Analyse mündet in die Frage: Welches Europa wollen wir? Einige Anmerkungen mögen genügen: Statt bürokratischer Zentralisierung gemeinsam gesetzte und von Subsidiarität geprägte Ziele und Maßnahmen; statt uferlosem Wettbewerb mehr Kooperation; statt rein marktinduziertem Gewinnstreben mehr gemeinwohlorientierte Staatsmächtigkeit; statt wettbewerbsinduziertem Einheitsbrei regionale Vielfalt und kulturellen „Artenschutz“; statt steigender Monopolisierung durch internationale Konzerne die Förderung mittelständischer Vielfalt und genossenschaftlicher Wirtschaftsweisen; statt Verteilungskrieg kooperative Gestaltung des Hauses Europa; statt Casino-Kapitalismus „soziale Marktwirtschaft“, die den Namen verdient; statt nur Wirtschafts- endlich auch Sozialunion! Das sollte der Weg der Zukunft sein: ein soziales und freies, also wirklich liberales Europa! Ich füge als dringlichste Forderung an: Statt „nur sparen“ ein Sorgen für nachhaltig umweltschonendes Wachstum und öffentliche Investitionsprogramme, die den Millionen arbeitsloser Menschen, vor allem den arbeitslosen Jugendlichen, wieder glaubwürdige Hoffnung geben – und die Schuldenzuwächse der öffentlichen Hände eher abbauen als die jetzige wirtschaftszerstörerische Sparpolitik es kann. Finanziert werden sollte eine solche Politik durch eine Korrektur der immer ungerechter gewordenen Einkommensverteilung und eine stark produktivitäts- und verteilungsorientierte Lohnpolitik zur Stärkung des europäischen Binnenmarktes. Das wäre auch als solches ein richtiger Schritt, jedenfalls vernünftiger als das Streben nach „internationaler Wettbewerbsfähigkeit“ in der jetzt organisierten Form, welches droht, Europa in eine nicht zu gewinnende Billig-Konkurrenz zu außereuropäischen Wirtschaftszonen zu führen und das aus Europa für breite Teile der Bevölkerung eine Art „Hartz IV-Zone“ macht.

Reinhard Crusius

Rettet Europa, nicht nur die Banken!

Tectum Verlag

Für Hilfe bei der Recherche danke ich Frau Anja Fröhnel, Frau Andrea Findeisen, Frau Kim Seidler sowie Herrn Jan Precht, Hamburg.

Für wertvolle Hinweise, Recherche und kritisches Gegenlesen danke ich Frau Ilse Jahre, Tübingen.

Autorenfoto Klappentext: Jan Precht, Hamburg

Coverdesign: Rolf Bünermann, Gütersloh

Reinhard Crusius

Rettet Europa, nicht nur die Banken!

Mit einem Begleitwort von Prof. Dr. Wilhelm Nölling

© Tectum Verlag Marburg, 2014

ISBN: 978-3-8288-3292-3

Satz und Layout: Felix Hieronimi | Tectum Verlag

Druck und Bindung: CPI – Ebner & Spiegel, Ulm

Printed in Germany

Alle Rechte vorbehalten



Alle Rechte vorbehalten

Besuchen Sie uns im Internet

www.tectum-verlag.de

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation

in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Inhalt

Verzeichnis der Exkurse	XI
Begleitwort – von Prof. Dr. Wilhelm Nölling	1
Einleitung – Mein Bekenntnis zu Europa. Warum schrieb ich dieses Buch – eine Fundamentalkritik an der aktuellen „Euro-Rettungspolitik“ und ein Plädoyer für ein besseres, zukunftsfähiges Europa?	7
I. Die zerstörerische Krise und der politisch-mediale Nebel. Fünf Schwachpunkte und Leerstellen der Diskussion	15
II. Geplatzte Euro-Illusionen: Schock, Verwirrung, falsche Sparpakete, falsche Reformdiktate und falsche Signale	25
1. Der erste Griechenland-Schock und die ersten strategischen Fehler	25
(a) Erste – berechnete – Empörung und erste falsche Zungenschläge	25
(b) Erste kritische Elemente der frühen Krisenpolitik	27
(c) Erstes Griechenland-„Rettungspaket“ und erste strategische Fehler	33
(d) Die ungerechten und wirtschaftlich zerstörerischen „Sparauflagen“ – Griechenland als negativer Sonderfall und falsche Blaupause	41
2. Der Euro – ein Projekt mit Geburtsfehlern und bleibenden Schäden	48
(a) Die fundamental falschen Weichenstellungen zu Beginn des Euro	51

(b)	Liste der wesentlichen Daten und Einigungsschritte zur EU und zum Euro	59
(c)	„Schulden“: Regeln oder freie Finanzmärkte? Ein neoliberales Dilemma	66
(d)	Die EU – eine reine Wirtschaftsunion, aber keine Sozialunion	69
3.	Die Sparpakete und Reformdiktate – fatale ökonomische Fehlleistungen	77
(a)	Die brachial-liberale Wachstumsphilosophie: per aspera ad astra?!	77
(b)	Lohnstückkosten und Staatsquote als „reformerische“ Zuchtruten und statistisches Erfolgsblendwerk	84
(c)	Das programmierte Scheitern	95
4.	Die Sparpakete und Reformdiktate – gezielte Grausamkeiten	100
(a)	Wer soziale Strukturen zerstört, zerstört Menschen! Einiges zum Thema Ungerechtigkeit	100
(b)	Deutsche Geschichte und deutsche Großmäuligkeiten	109
(c)	Raus mit Griechenland!?! Und was passiert mit den Menschen?	112
III.	Weitere kritische Schritte und Folgen der aktuellen Krisenpolitik	119
1.	Die Politik der „Rettungsschirme“ und die Brüsseler Reguliererei	120
(a)	Griechenland war erst der Anfang! „Die Märkte“ bestimmen den Takt – nicht Merkel	120
(b)	Schlag auf Schlag: EFSM und EFSF, dann SMP und Draghis „Dicke Bertha“ ... immer größere Zahlen	130

(c)	Das riskante Spiel mit Schuldenbergen und der Inflation	146
(d)	Immer größere Verlustrisiken (z.B. Target2)	156
(e)	Das OMT-Programm der EZB – ein Befreiungsschlag?	163
(f)	Der „dauerhafte Rettungsschirm“ ESM	170
(g)	Die Zypern-Rettung – fatale Fehler und interessante „Neuerungen“	175
(h)	Fehlerdiskussion im IWF, drohender zweiter Griechenland-„Haircut“ und klitzekleine Wachstumssignale	179
(i)	Die Regulierungsaktivitäten der EU und der Euro-Zone	186
(j)	Liste der wichtigsten Regulierungen zur Koordination und Kontrolle der Haushalts- und Wirtschaftspolitik in der EU	189
(k)	Zwischenbericht über den Prozess vor dem Bundesverfassungsgericht ab Juni 2013	194
2.	Staatsgeheimnis Bankenrettung: Wohin fließt das viele Geld eigentlich?	199
(a)	Die „segensreiche Lehman-Pleite“: Bankenrettung forever? Oder: Die missverstandene „Bürgerbeteiligung“	199
(b)	Die Ohnmacht vor den Banken: Nicht nur keine Fesseln, sondern ...	214
(c)	... auch noch die große Fütterung: Wohin das viele Geld fließt	220
(d)	Regulierung? Nur ein paar flatternde Absperrbänder!	228
(e)	Weiteres Krisenwachstum, erneut drohende „Haircuts“, Steueroasen, Banken als erneute Krisenherde, Bankenkontrolle	242
(f)	„Finanzstabilität“? Das problematische Konzept einer „Europäischen Bankenunion“	252

(g)	Die „Europäische Bankenunion“ – Lösung oder Ersatzlösung der Finanzstabilität?	271
(h)	Liste der wichtigsten Institutionen und Regularien zur Kontrolle und Stabilisierung des Finanzsektors	280
(i)	Anmerkungen zur Wirksamkeit dieser Regularien	287
3.	Notnagel „Schuldenbremse“ – ein totgeborenes Kind	291
(a)	„Fiskalpakt“ und „Schuldenbremse“ – Entstehung und Inhalt	292
(b)	Schuldenmacherei als Geschäftsmodell, als Risiko und als Umverteilung	296
(c)	Schuldenabbau nur durch Ausgabekürzungen? Die propagandistische Verteufelung von Steuererhöhungen	307
(d)	Die „Schuldenbremse“: Eine – leider schmerzhaft – Fehlkonstruktion	315
(e)	Aufstellung der steuersenkenden Maßnahmen und Gesetze in der Bundesrepublik in den letzten 25 Jahren – und die Folgen	329
4.	„Euro-Rettung“: Notopfer Demokratie – 16 Sünden wider das „demokratische Modell Europa“	336
IV.	Der neoliberale Marsch in die gewesene und die drohende nächste Finanzkatastrophe – und Resümee der aktuellen Euro-Krisenpolitik	353
1.	Über den Urgrund der aktuellen Krisen	353
(a)	Klärende Vorbemerkung zu Spekulation und zu Spekulanten	353
(b)	Der politische Prozess in die Finanzkatastrophe 2008/09: Kapitalvermehrung und Deregulierung	356

(c)	Liste der wichtigsten Deregulierungen des Finanzsektors in den letzten 25 Jahren in der Bundesrepublik	366
(d)	Der ideologische und der ökonomische Prozess: Alles für den Profit!	367
(e)	Weltweite „Spreizung“ zwischen Arm und Reich	374
(f)	Die „Bestie Finanzkapital“ und das „Kätzchen Politik“	379
(g)	Chaos oder Strickmuster? Einige Aspekte neoliberaler Politik	391
2.	Was lief und läuft falsch? Kurzdiagnose der Krise in 18 Punkten, zwei Exkursen und einem Weckruf – als Basis für bessere Konzepte	396
V.	Anregungen für eine andere Euro-Politik und Plädoyer für ein besseres, zukunftsfähiges Europa	425
1.	Eine andere Politik ist möglich und für Europa lebenswichtig – 12 Vorschläge	425
(a)	Einsicht ist der erste Schritt zur Besserung	425
(b)	12 Vorschläge für eine alternative, d.h. wirksame und glaubwürdige Euro- und Europapolitik	427
2.	Darum geht's: Was für ein Europa wollen wir?	479
(a)	Elemente einer neuen Wirtschafts- und(!) Sozialunion Europa	479
(b)	Europa: Historisch gewachsene Vielfalt und sozial flankierte Einheit – geht das? Appell für einen Versuch!	488
	Aktualisierender Nachtrag	501
	Verzeichnis der häufig gebrauchten Abkürzungen	511

Verzeichnis der Exkurse

Exkurs 1:	Was erleben wir da? „Euro-Krise“? „Schulden-Krise“? Oder beides?!	48
Exkurs 2:	Beispiele für Täuschungsmanöver bei Sozialstatistiken	73
Exkurs 3:	Einige Gründe, auch die Frösche zu fragen	76
Exkurs 4:	Lohnstückkosten-Senkung für Krisenstaaten als falsche Strategie	90
Exkurs 5:	Lohnstückkosten? Ein falsches Angriffsziel der Linken!	92
Exkurs 6:	Das Problem Privatisierung in „Pleiteländern“	103
Exkurs 7:	Anmerkungen zur angeblichen „Rationalität“ von Börsen (und Märkten)	126
Exkurs 8:	EZB-Niedrigzins, Basel III und die „bevorzugte Behandlung von Staatsanleihen“ als kontraproduktives Dilemma der EKZ	140
Exkurs 9:	Das Problem Leitzinsanhebung in der aktuell kritischen Situation der Euro-Zone	147
Exkurs 10:	Anmerkungen zur Inflationsgefahr, zu Deflation und zur Vulgärökonomie betr. Preise	151
Exkurs 11:	Das Target2-Problem	157
Exkurs 12:	Das Problem der „No-Bailout-Klausel“	172
Exkurs 13:	Das irische Banker-Gelächter	225
Exkurs 14:	Der EU-Beschluss von 2012 zur Finanztransaktionssteuer	230
Exkurs 15:	Der Libor-/Euribor-Skandal und andere Manipulationen der Banken zu Lasten der Wirtschaft und der Kunden	236
Exkurs 16:	Probleme bei der Bankenkontrolle: zentral und/oder dezentral?	259
Exkurs 17:	Anmerkungen zu Schulden, Schuldenmacherei, Wachstum und Zinsen	298
Exkurs 18:	Hinweise zur inhaltlichen Bewertung von Schulden (Beispiel Japan) statt bloßer Statistik	303
Exkurs 19:	Das Problem der statistischen Quantifizierung in der Schuldendiskussion	305

Exkurs 20:	Austeritäts-Politik in Deutschland und „Leben von der Substanz“	312
Exkurs 21:	Wachstums- und Handels-Probleme von USA, China und den Schwellenländern – USA/China als ökonomisches Gefährdungspotenzial	322
Exkurs 22:	Ökonomische Messzahlen als gefährliche (wirtschafts-)politische Handlungsanleitungen	335
Exkurs 23:	Klärende Vorbemerkung zu Spekulation und zu Spekulanten	353
Exkurs 24:	Kritisches zum geplanten Freihandelsabkommen EU–USA	364
Exkurs 25:	Neoliberale „Entfesselung“ des Wohnungsmarktes	392
Exkurs 26:	Drei kleine, unauffällige Beispiele für neoliberale Umverteilung	393
Exkurs 27:	Die „internationale Wettbewerbsfähigkeit“ als verfängliche ideologische Formel	415
Exkurs 28:	„SPIEGLEIN, SPIEGLEIN an der Wand“ – Wahlbetrug und die unschöne Realität – Erwachen die Medien?	419
Exkurs 29:	Weitere Anmerkungen zum Unfug mit den Lohnstückkosten	440
Exkurs 30:	Agenda 2010 und Hartz IV – Trügerische Modelle	447
Exkurs 31:	Einige Aufgaben für mehr Transparenz	452
Exkurs 32:	Einiges über Lobbyarbeit in der EU, über Korruption und Kriminalität	466
Exkurs 33:	Anmerkungen zum im November 2013 angekündigten Aussteigen Spaniens und Irlands aus dem „Rettungsschirm“ – zu früh gefreut?!	473
Exkurs 34:	Die „Roma“- und die „Flüchtlings“-Problematik als beispielhafte EU-Werte- und Organisationsprobleme	486
Exkurs 35:	Zur Gefährlichkeit statistisch optimierter Sozialmodelle im Sinne der Verfügbarkeit (von Menschen)	490

Begleitwort – von Prof. Dr. Wilhelm Nölling

*„Ein Buch, wenn es zugeklappt daliegt,
ist ein eingebundenes, schlafendes, harmloses Tierchen,
welches keinem etwas zuleide tut. Wer es nicht aufweckt,
den gähnt es nicht an. Wer ihm die Nase nicht gerade
zwischen die Kiefer steckt, den beißt es auch nicht.“*

Wilhelm Busch

Dieses Busch-Zitat habe ich vorangestellt – einmal, weil ich mich freue, dass auch der Autor in seinem Buch immer mal wieder zur Verdeutlichung, Anreicherung und zur Steigerung der Attraktivität auf vielerlei passende Zitate zurückgreift, und zum anderen, weil ich mit meinem Begleitwort einen Beitrag leisten will, dass dieses monströs erscheinende Buch eben nicht zugeklappt bleibt, sondern „aufgeweckt“ wird. Der jeweilige Besitzer hat es in der Hand festzustellen, ob er es mit einem „schlafenden, harmlosen Tierchen“ zu tun hat oder mit einem Werk, das jeden „beißt, der seine Nase zwischen die Kiefer steckt“. In unserem Fall handelt es sich um ein „gefährliches“, weil zutiefst wertgebundenes, gesellschaftlich wichtiges, inhaltsreiches, äußerst sachverständiges Buch, das Einfluss auf die Diskussion um die Neuordnung unseres vor die Hunde gehenden Geld- und Finanzwesens haben soll und wird!

Ich will also dafür werben, dass niemand Scheu vor der „Dicke“ an sich haben sollte, etwa im Sinne des berühmten Spaniers Balthasar Gracián, der in seinem „Kritikon“ von 1651 den Römer Plinius zitiert: „Von den guten Büchern ist das beste dasjenige mit dem größten Umfang“ und diesen Ausspruch ergänzt: „weil die Kürze oft nahe an der Dunkelheit liegt.“ Wer das Inhaltsverzeichnis liest, wird spüren, welche Teile ihn sofort in seinen Bann schlagen und in welcher Reihenfolge er dann am besten weiterstudiert. Das Buch ist so aufgebaut, dass es nicht „am Stück“ gelesen werden muss.

Als gelernter Nationalökonom hat Crusius die VWL-Trias verinnerlicht, erstens durchgängig die wirtschaftliche Lage und die Aussichten einzelner Staaten und des Währungsgebietes insgesamt zu beschreiben, zweitens bei der Zielbetrachtung zu verweilen – also was soll sein, wohin müsste die europäische Reise gehen, welches sind die „grausamen“ Defizite –, drittens Maßnahmen zu schildern: getroffene unzulängliche, fehlgeschlagene, verhängnisvolle. Nicht zuletzt, um aus dieser „Trias“ dann seine alternativen

Vorstellungen zu entwickeln. Wohin man auch blickt, es handelt sich in diesem Werk über die wirtschaftliche und politische Zukunft Europas durchweg um die Auswahl und Behandlung „großer Themen“.

Wie zu erwarten, hat Crusius, der in Gütersloh Schriftsetzer gelernt und als solcher dort gearbeitet hat, ehe er über den Zweiten Bildungsweg studierte, auch als promovierter und habilitierter Wissenschaftler die Bedeutung der „Optik“ für jeden Leser im Sinn. Er schreibt klar, bildhaft, unterhaltsam, gibt sich Mühe, immer verständlich zu sein, kurz, vermeidet Klischees und die verdammten Anglizismen. Wo er mal salopp wird oder sich im Eifer seines guten Veränderungswillens und kopfschüttelnden Unverständnisses über klassenbedingten Egoismus der „Eliten“ oder Mächtigen dieser Welt vergaloppiert, dann dient dies durchaus der Verständlichkeit, auf jeden Fall seiner Glaubwürdigkeit.

Die „Optik“ und damit Lesbarkeit wird mitbestimmt durch stark hervorgehobene Überschriften, vor allem über das ganze Buch verstreut „fettgedruckte“, also für besonders bedeutsam gehaltene Aussagen, gesonderte eingestreute Exkurse und Anmerkungen sowie nicht zuletzt des besseren Verständnisses wegen angelegte Aufzählungen historischer Vorgänge und Aufstellungen sachlich zusammengehöriger, übersichtlich dargestellter Ereignisse und Maßnahmen.

Crusius ist als kritischer Gewerkschaftler und Sozialdemokrat auch besonders empfänglich für die Erkenntnis der Bedeutung von „Wirtschaftsgesinnungen“, „guten“ wie „schlechten“, „produktiven“ wie „zerstörerischen“. Seine Empfindlichkeit nicht nur für „falsche Zungenschläge“, sondern vor allem für die Frage „Und was passiert mit den Menschen?“ rührt auch aus diesem Erbe.

Der positiven Assoziation „neo-liberal“ setzt er zur besseren Kenntlichmachung der Auswirkungen lieber „brachial-“ oder „brutal-liberal“ entgegen. Stattdessen freundet er sich mit seiner Interpretation von „sozialer Marktwirtschaft“ an und hätte sicher keine Bedenken, den „Raubtierkapitalismus“ durch „Rheinischen Kapitalismus“ zu ersetzen. Ein Etikettentausch würde aber nicht helfen. So wie geschichtsträchtige Gesinnungen sich nur langsam entwickeln, werden sie sich auch nur langsam modifizieren oder zum Besseren zurückbilden. **Crusius will hierzu einen Beitrag leisten.**

Er zitiert, was uns alle tief besorgt machen sollte, wie eine Analyse zeigt, dass die Finanzen der Welt nur in den Händen von wenigen Investmentfonds, Banken und Konzernen sind. „Die acht größten Finanzinstitute der USA ... werden zu 100 Prozent von zehn Aktionären kontrolliert. ... Die Federal Reserve wird von vier Konzernen kontrolliert: BlackRock, State Street, Vanguard und Fidelity.“ (Karen Hudes, ehem. Chefjuristin der Weltbank, 2013)

Crusius will aber auch Aufklärer und Erklärer sein. Dieser Absicht dienen die – oft in kleinen Exkursen – mit großer Akribie und tiefer Sachkenntnis behandelten volkswirtschaftlichen Fakten und Zusammenhänge. Ich will auf einige mir besonders wichtig erscheinende hinweisen:

Kommt dem Euro – dem meines Erachtens größten Unheil der Währungsgeschichte – die Prima-causa-Funktion unserer gegenwärtig unlösbar erscheinenden Probleme zu oder sind diese eine Folgewirkung der teilweise außer Kontrolle geratenen Staatsverschuldung; haben wir also, wie es anfangs noch hieß, eine „Euro-Krise“, oder, wie die Sprachregelung heute heißt, eine „Staatsverschuldungskrise“?

Was steckt hinter der Forderung nach „Wettbewerbsfähigkeit“ sozusagen auf jedem Fleck Europas? Welche Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang den Lohnstückkosten zu? Müsste nicht stattdessen immer und überall auf die „Produktivität“ eines Systems abgestellt werden und eine **die** Produktivität überhaupt erst ermöglichende **inhaltliche und ergebnisbezogene soziale Beschäftigung von Menschen und Kapital im Vordergrund** stehen?

Welche zentrale Bedeutung müssten wir der richtigen Deutung von „Schulden aller Art“ für das Ingangbringen und Inganghalten dynamischer Volkswirtschaften beimessen? In diesem Zusammenhang kriegt die „Schuldenbremse“ bei Crusius zu Recht eine vernichtende Benotung.

Wie ist es möglich, dass so gut wie nichts gegen die Überfütterung der „Bestie Finanzkapital“ durch eine Geldschwemme ohnegleichen getan wird, stattdessen Kapitalfreiheit und regulatorisches „Wegsehen“ bei Billionen von täglichen Zockerbewegungen erlaubt bleiben, sogar willkommen geheißen werden?

Wie ist es möglich, aufgeklärten Wirtschaftsaguren und Politikern überall die Idee leicht zu verkaufen, dass eine Bankenunion in Europa funktionieren kann, die ohne vorherige Zähmung der „Bestie Finanzkapital“

sowohl das Tor aufstößt für verantwortungsloses Schuldenmachen von Staaten als auch weiterhin ermöglichen wird, dass alle Sorten Finanzmarktakteure und -jongleure ihrem Geschäftsmodell folgen können: „Geld als Mittel und Zweck“ einzusetzen. Sie werden weiter alles tun, um „Geld mit Geld zu verdienen“, und es wird sie überhaupt nicht stören, dass dabei keinerlei Beitrag zur Versorgung der Welt mit Gütern und Dienstleistungen erbracht wird.

Wir wünschten uns, dass sich der „Crusius“ vor allem in allen ökonomischen Bildungsstätten sowie in die Stuben der Medienwelt verbreiten und auf die Nachttische und in die Aktenkoffer aller Informationshungrigen gelangen wird. Das Buch wird seine Qualität auch als langfristig nutzbares Nachschlagewerk behalten, da es so vieles behandelt und dokumentiert, was zum Begreifen der Euro-Krise nötig ist.

Mit einigen Bemerkungen über die Rolle und Bedeutung der „Politik“ in unserer Zeit, also in demokratisch verfassten Staaten, die Crusius faktenreich behandelt, möchte ich schließen:

Spielen die Politiker aller Länder für die hier in Rede stehenden Problemfelder nur noch die Rolle von Wegbereitern ungezügelter Profitstrebens einer überschaubaren Klasse von allmächtigen Wirtschaftsbossen? Werden sie, nachdem sie im Dienste des Finanzwesens die Bremsklötze weggezogen haben, nicht mehr (und niemals wieder) in der Lage sein, der „Bestie Finanzkapital“ die Klauen zu beschneiden und die Raubzähne auszureißen?

Die Euro-Währungszone ist ein einmaliges Experiment in der langen Geschichte unseres Planeten und so konstruiert worden, dass sie auf ewig Bestand haben soll. Diese Anmaßung ist von hypertropher Qualität.

Keines der annähernd 200 Länder der in der UNO organisierten Staaten hat je den Wunsch entwickelt vorzuexerzieren, ob eine Verschmelzung der Währungen wenigstens zweier Staaten überhaupt funktionieren kann, noch hat das Europäische Experiment oder Abenteuer irgendwo sonst auf der Welt Nachahmer gefunden.

Was das Vorgehen der „Euro-Retter“ besonders scharf gewürzt, also pikant, erscheinen lässt, ist ihre schändliche Demokratieferne, gekoppelt mit der Bereitschaft aller Teilnehmerländer, Rechtsbrüche nicht nur zur Gewohnheit werden zu lassen, sondern dem Kontinent damit eine ordnungspolitisch verderbliche Variante aufzuzwingen.

Um das Abenteuer dauerhaft zu verlängern, ist eine Schulden- und Transferunion auf den Weg gebracht worden, die dem Euro nun „wesenhaft“ ist, indem sie zur Verantwortungslosigkeit im Schuldenmachen auf allen Ebenen verführt. Um das zu verhindern, werden bürokratische Kontrollmonster geschaffen mit jeweils Tausenden von neuen Mitarbeitern a) in Brüssel zur Haushaltskontrolle der Staatshaushalte aller Teilnehmer und b) zur Bankenaufsicht und Kapitalmarktkontrolle durch die EZB bzw. eine neue Institution in Luxemburg. Beide Behörden werden aus meiner Sicht weder funktionieren noch auf ihre Zielsetzungen hin ausgerichtet werden können, statt dessen im Verein mit der schon jetzt überbordenden Euro-Bürokratie „babylonhafte“ Züge annehmen.

Dieses einer Vergewaltigung gleichkommende Vorgehen wird zunächst immer allein von den Regierungsspitzen (Head of States) in Gang gesetzt, ohne die betroffenen Völker zu fragen, sie aber im selben Atemzug zu binden, d.h. zu präjudizieren. Auf diese Weise werden Verfassungsgerichtsbarkeit und demokratische Mitbestimmung faktisch ausgehebelt. Es ist der von Crusius zu Recht gezeißelte und zum Aufhänger seiner politischen Kritik gemachte Satz: „Wer einen Sumpf trockenlegen will, darf nicht die Frösche fragen!“, der von ihm als aufrüttelndes Paradoxon verstanden wird.

Crusius beschreibt die heraufziehenden Konflikte zwischen Geber- und Nehmerländern an vielen Stellen, scheint den Konflikt aber doch als lösbar vorauszusehen. Ob der Spagat zum Ausgleich der diametral sich verhaltenden Interessen unter Wahrung ökonomischer Vernunft gelingen kann, scheint mir eher unwahrscheinlich. Denn die Geberländer müssen ihren Völkern „verklaren“, dass Dauertransfers auf Jahrzehnte hinaus zu festen Ausgabenblöcken in allen Geberhaushalten avancieren werden, während die Nehmerländer niemals – ich betone: niemals – auf die Entgegennahme verzichten, aber auch nicht unbegrenzt lange unter dem politisch einseitig brutal-liberalen Diktat von „Reformen“ und von Entbehrungen der „kleinen Leute“, also der Falschen, durch die Geberländer „leben“ wollen – ohne das wiederum die Geberländer zu Hause politisch nicht bestehen zu können glauben. Ist deshalb zu befürchten, dass Europas Bedeutung in der globalisierten Welt unter solchen Umständen stark beschädigt wird? Man kann nur hoffen, dass der Prozess nicht in einem „Marasmus = Altersverfall“ Europas enden wird und das friedliche Miteinander bewahrt werden kann.

Wo bleibt das „Positive“? Dazu verweise ich einmal auf das Bekenntnis des Autors zu Europa zu Beginn seines Buches (Frontispiz) und im Schlusskapitel. Es ist ein zu Herzen gehendes Bekenntnis. Zum anderen verweise ich auf die vielen sorgsam überdachten und realitätsbezogenen wirtschafts- und sozialpolitischen Vorschläge, die statt in einen „Marshall-Plan-Gedanken“ in einen umfassenden „Europa-Plan“ münden.

Ich hoffe also (und das gerne), dass des Autors Glaube an Vernunft, Rationalität und Beherrschbarkeit der sich aufbauenden gewaltigen Fliehkräfte tief gegründet ist.

Wilhelm Nölling, Diplom-Volkswirt, Master of Arts (Berkeley) und Dr. rer. pol., geboren 1933. Er hat nach Volks- und Handelsschule, Lehre und Berufstätigkeit auf dem Zweiten Bildungsweg im Jahre 1956 die Hochschulreife erlangt und Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Geschichte in Hamburg und Berkeley (USA) studiert. Er war Kommunalpolitiker in Hamburg (1966 – 69), MdB (1969 – 1974), Senator u.a. für Finanzen (1972 – 82), Präsident der Landeszentralbank in Hamburg und Mitglied des Zentralbankrates der Deutschen Bundesbank in Frankfurt. Ab 1992 Lehrtätigkeit an der Universität Hamburg. Nölling war Kritiker der neuen Währungspolitik seit 1993 und einer von vier Professoren, die seit 1998 drei mal vor dem Bundesverfassungsgericht geklagt haben.

*„Wenige Menschen haben genug Vorstellungskraft
für die Wirklichkeit.“*

Johann Wolfgang von Goethe

*„Mit dem Ohr der Menschen ist es so beschaffen,
dass es den Schall zu verschlafen und erst durch
das Echo zu erwachen pflegt!“*

Arthur Schnitzler

Einleitung

Mein Bekenntnis zu Europa. Warum schrieb ich dieses Buch – eine Fundamentalkritik an der aktuellen „Euro-Rettungspolitik“ und ein Plädoyer für ein besseres, zukunftsfähiges Europa?

*Dieser Text behandelt komplizierte wirtschaftliche, soziale, politische und rechtliche Sachverhalte eines Problemkomplexes, der uns seit sechs Jahren (Finanzkrise) bzw. vier Jahren (Euro-Krise) umtreibt. Es geht in erster Linie um die Schilderung und Erklärung dieser sog. „Euro- und/oder Schuldenkrise“. Was da politisch geschieht, verstehen viel zu wenige. Da meines Erachtens diese Krise zu viele gefährvolle Aspekte enthält, sollten aber viel mehr Bürger wissen und begreifen, was da passiert. **Aus der Sache heraus ist dieser Text deshalb nicht nur eine Erklärung und Kritik der aktuellen Krisenpolitik, sondern fast zwangsläufig damit auch eine Kritik an den Medien und an der (vorherrschenden) Ökonomie** – also der Wissenschaft, die uns eigentlich „Erhellung“ und „Wegweisung“ bieten sollte.*

Dieser Text ist aus dieser aufklärerischen Absicht heraus eher eine politisch-journalistische Arbeit, obwohl er durch ökonomische Themen und Begriffe dominiert wird, also sich dabei zuerst an Fakten hält. „Journalistisch“ heißt aber:

- (1) **Lesbar, verständlich** (so hoffe ich, vor allem für Nicht-Ökonomen), also auch nur „gemäßigt“ mit Beleg-Zitaten übersät (ohne dicken Quellenapparat hinten); und wenn ich zitiere oder Quellen nenne, dann

in der Regel aus allgemein zugänglichen überregionalen Printmedien (vorwiegend DIE ZEIT, DER SPIEGEL, Süddeutsche, FAZ, Neue Zürcher), außerdem gelegentlich aus drei regionalen Zeitungen (dem „Bonner Generalanzeiger“, der „Hamburger Morgenpost“ und der „Neuen Westfälischen“ (Bielefeld)) und verstreut aus vielen anderen Zeitungen/Zeitschriften; oder ganz einfach aus im Internet zugänglichen Materialien, also so gut wie gar nicht aus (wissenschaftlichen) Büchern oder Fachzeitschriften/Fachpublikationen (Ausnahme: die Geschäftsberichte der Deutschen Bundesbank). Ungewöhnlich ist, dass ich aus dem Grunde der einfachen, verständlichen Informationsbeschaffung viele TV-Sendungen, vorwiegend Dokumentationen, als Quellen anführe, wie sie, meistens nächstens, in den öffentlich-rechtlichen Sendern, vor allem ARTE, PHOENIX und 3Sat, aber gelegentlich auch in ARD und ZDF ausgestrahlt werden und dort (größtenteils) jeweils in den Mediatheken eingesehen werden können.

- (2) ***Meinungsfreudig; ich beschreibe auch als Ökonom, aber zuerst als Bürger, als Betroffener. Da bin ich streitbar! Dies ist eine Streitschrift! Das bedeutet auch: keine „objektive“ Kathedersprache, sondern wo ich, auf der Basis einer wertorientierten demokratischen Einstellung, Dinge für kriminell halte, sage ich das auch so; wo ich mich betrogen weiß, nenne ich solche Aussagen Betrug; wo ich politische Akte für zynisch oder schamlos halte, schreibe ich diese Worte. Da die Fakten im Vordergrund stehen, kann sich jeder Leser aber auch selbst eine Meinung bilden!***

Meine Absicht ist, dem Nicht-Ökonomen etwas von dem zu „verklaren“, was da – vor unseren Augen und dennoch mehr verdeckt als sichtbar und noch weniger verständlich als „Euro-Rettung“, „Krisenpolitik“, „Schuldenkrise“, „Bankenrettung“ oder Ähnliches vorgespield wird, denn wir sind ja nur Zuschauer, werden kaum informiert, können nicht mitgestalten. Dies hat mich dazu gebracht, das Ganze einmal vom Geschehen her aufzudröseln, nicht von theoretischen, fachspezifischen Fragen her. So kann sich der Leser reindenken. Ich will natürlich überzeugen, aber im Sinne von Lernen, von Verstehen anhand der geschilderten (ökonomischen) Sachverhalte und politischen Prozesse. Nun ist es von Anfang an klar, dass ich dabei eine Position habe. Deshalb halte ich es für fair, diese im Text anhand des Beschriebenen Stück für Stück zu entfalten, sie aber als „Titelbild“ sozusagen hier schon einmal „an die Wand zu werfen“.

Zuerst mein Bekenntnis zu Europa, beginnend mit zwei Sorgen:

- (1) ***Nie war der Europa-Gedanke so diskreditiert, nie in den Völkern so infrage gestellt, und zwar bei „Gebern“ und bei „Nehmern“.*** Und dieses Zerdeppern des in 40 Jahren aufgebauten positiven „Europa-Gefühls“ erschüttert mich geradezu. Ich gehöre noch zu der Generation, die in Trümmern aufwuchs und die dieses vereinte Europa und damit den „europäischen Frieden“ aus tiefster Seele begrüßte – und begrüßt!
- (2) ***Die aktuelle drakonische Politik*** läuft dem aktuellen technokratischen/neoliberalen Krisenmanagement so aus dem Ruder, dass die Versuchung groß ist, die EU weiter in eine zentralistisch-bürokratische Wirtschaftsunion zu steuern. Alle Rufe nach „mehr Europa“ deuten bei genauerem Hinsehen in diese Richtung.

Dem stelle ich entgegen einen Versuch, aus der aktuellen Malaise herauszukommen: Rein ökonomisch betrachtet gibt es gute Gründe, dieses ökonomisch zerklüftete Europa und den Euro (nicht die EU!) für unvereinbar zu halten. Ich sehe aber nicht, wie wir politisch heute oder morgen ohne schwer kalkulierbare Risiken aus dem Euro herauskommen. Wir müssen also eine Lösung finden für eine andere Euro-Politik! Wenn die notwendige Vereinheitlichung der Politiken gemäß den Notwendigkeiten einer Währungsunion nicht geht oder nur auf Kosten eines undemokratischen Bürokratie- und Technokratie-Monsters und quälender Eingriffe in das Leben einiger Völker, und wenn die Auflösung oder Trennung der Euro-Zone aktuell aus vielerlei Gründen keine Option ist, müssen wir prüfen, ob unterschiedliche Ökonomien, d.h. auch unterschiedliche Kulturen und Mentalitäten, innerhalb Euro-Europas so organisierbar sind, dass wir zwar eine solidarische Wertegemeinschaft, aber keine Schuldenhaftungs-Gemeinschaft werden. Ich will also hier als leidenschaftlicher Europäer doch ein Euro-Europa zu skizzieren versuchen, das Einheit und Ungleichheit (besser verstanden als Verschiedenheit) unter einen Hut kriegt. Zumindest den Versuch ist es wert, ehe wir weiter einen Schrecken ohne Ende oder dann doch letztlich ein Ende mit Schrecken riskieren – beides würde nur ein politisches und ökonomisches Trümmerfeld hinterlassen.

Diese groben Orientierungen begründen meine Kritik an dem, was aktuell abläuft, was vornehmlich als Merkel/Schäuble-Politik erscheint – von den beiden aus innenpolitischen Gründen gerne so gesehen, vom Ausland aus guten Gründen auch. Bevor ich mit dem Griechenland-Debakel 2009/10

beginne, benenne ich in Kapitel I fünf Problempunkte und Leerfelder der Diskussion, die mich beunruhigen, da ich sie angesichts der Dramatik des Geschehens für die Krisenländer und auch für uns für verhängnisvoll halte: Dieser ganze tiefgreifende Prozess läuft fast ohne informierte oder gar verständige Öffentlichkeit ab, fast ohne Diskussion, mit harschen democratieschädlichen Begleiterscheinungen. (Dies gab mir den Anstoß zu diesem Buch.) Danach beschreibe ich in Kapitel II einen Gang durch das anfängliche Geschehen des Jahres 2010, der nicht wissenschaftlich-theoretisch vorgezeichnet ist, sondern sich in Schritten vor und manchmal auch zurück aus dem Geschehen selbst ableitet. Ich schildere die ganzen weiteren Dinge so, als würde ich in einer großen Tischrunde gefragt werden: „Erklär uns doch mal, was da läuft.“ Da wird mit „Einleitung – Thema – Exkurs – Zusammenfassung“ das Bier schal. Diesem berichtenden, eher erzählenden statt referierenden Stil dienen auch die vielen hervorgehobenen Zeilen – sozusagen das Heben der Stimme.

Ausgangspunkt für das Kapitel II ist der „Griechenland-Knall“ Ende 2009. Aus der Politik, die darauf erst hektisch, dann immer systematischer einsetzt, wird zunehmend ein Strickmuster deutlich: ein klares neoliberales – ich bin eher geneigt, zu sagen: ein „brachial-liberales“ – Politikkonzept, das dann nach Griechenland allen anderen Krisenländern mit großer Sturheit übergestülpt wurde. Wie ist diese Politik der EU zu erklären? Dazu folgt ein Rückgriff auf die Geschichte des Euro – kein „Schnee von gestern“, sondern ganz aktuell wirksame Missgriffe, leider bisher ohne Lerneffekt! Danach stelle ich diese aktuelle, aber historisch begründete Krisenpolitik dar in ihrer ökonomischen Verbohrtheit und Kontraproduktivität, dann in ihren negativen sozialen/menschlichen Aspekten: Was geschieht „da unten“ mit den Menschen? Es folgt in Kapitel III eine weitere Differenzierung und Analyse der „Rettungspolitik“ der federführenden sog. „Troika“ (Dreigespann aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds) ab 2010 mit ihren immer neuen Schuldenbergen, Schirmen, Geldflutungen bis hin zur Konzeption der Bankenunion und dem aktuellen Prozess vor dem Bundesverfassungsgericht. Das Auseinanderdröseln dieser dreijährigen Veranstaltung ist spannend, aufschlussreich und besorgniserregend.

Als Sonderkapitel dieser Geschichte behandle ich die sog. „Bankenrettung“, aufgezümt an der Frage: „Wohin fließt das ganze Geld eigentlich?“ Ein unappetitliches, aber zentrales Kapitel in dem Versuch, diese „Geschichte eines dreisten Betrugers“ aufzuhellen. Ein weiteres „ominöses“ Kapitel ist die sog. „Schuldenbremse“, die ganz fatale Fangschlingen für

die demokratische Politik enthält. Und dann folgt als Abschluss die Behandlung des bedrohlichen Themas „Notopfer Demokratie“. In diesem Kapitel III entsteht also ein eher erschreckendes Gesamtbild, wenn man die Aktionen, Strukturen und Folgen der aktuellen neoliberalen Krisenpolitik bloßlegt. Ein Resümee daraus ist unter anderem, dass die Politik von Merkel/Schäuble (als den Präzeptoren der Troika-Politik) nicht nur höchst undemokratisch, unwirtschaftlich(!), gemeinschafts- und europaschädlich, sondern ganz im Gegensatz zur Selbst- und Medienstilisierung dieses Duos auch ungemein nachteilig und belastend ist für den so gerne zitierten „deutschen Steuerzahler“.

Im letzten Kapitel IV werde ich Vorschläge machen, wie wir rauskommen aus der Alternative Schuldner-/Transferunion, die wir nicht durchsteuern können, oder der angepeilten Perspektive eines zentralistischen, demokratiefernen Verordnungs- und Verwaltungsapparates EU, der mit „Europa“ dann aber nur noch die geografische Deckung gemein hat. Um eine Alternative zur gegenwärtigen Politik deutlich und verständlich zu machen, erläutere ich eingangs des Kapitels IV noch einmal den Verlauf und die Struktur der neoliberalen Umgestaltung der westlichen Marktwirtschaften bis hin zur Finanzkatastrophe 2008/09, da ohne diese Einsicht in das neoliberale Politikkonzept als Folie für einen Gegenentwurf nicht hinreichend deutlich wird, um welche andere Politik es geht, und ich raffe in 18 Punkten und 2 Exkursen den Komplex „Euro-/Schuldenkrise“ seit 2010 noch einmal in teilweise anderer Beleuchtung zusammen. Da hat man dann quasi eine Liste, anhand derer man die Gegenpositionen entwickeln kann. Wie sehen diese bei mir aus:

Was ökonomische Vernunft eigentlich gebietet – eine Neustrukturierung des Versuchs „Wirtschafts- und Sozialunion“ ohne Einheitswährung als Zwangsjacke –, ist absehbar aus vielen Gründen nicht durchsetzbar – unter anderem, weil uns die Blaupausen und Szenarien dafür fehlen. Es wäre ein zu gewagter Sprung ins Unbekannte. So bleibt für mich, die aktuelle Politik als neoliberal-technokratisch-bürokratische Zuchtveranstaltung umzukrempeln in den Versuch, kooperativ und demokratisch, ökonomisch nachhaltig und sozial ausgewogener bzw. gerechter die Kuh vom Eis zu kriegen. Ich nenne das im Buch die Politikvariante B einer wirklich sozialen Marktwirtschaft. Da diese, im Gegensatz zur aktuellen neoliberalen bzw. brachial-liberalen Variante A, auch oder gerade eine freiheitliche, wirklich liberale Politik sein soll, würde ich sie, wäre das nicht parteipolitisch besetzt, sozial-liberal nennen. Diese Wandlung zu einer demokratischen Wirtschafts- und Sozialunion erfordert den Willen der

europäischen Völker. (Ich will zumindest einen Beitrag dazu liefern, dass die Wand, gegen die die aktuelle Politik meines Erachtens zielsicher fährt, dann keine rechten Ungeheuer gebiert.)

Das alles mündet also zwingend in die Frage: Wie stelle ich mir dieses Europa vor? Einige Anmerkungen mögen genügen: **Statt bürokratischer Zentralisierung gemeinsam gesetzte und von Subsidiarität geprägte Ziele und Maßnahmen; statt uferlosem Wettbewerb mehr Kooperation; statt rein marktinduziertem Gewinnstreben mehr gemeinwohlorientierte Staatsmächtigkeit; statt wettbewerbsinduziertem Einheitsbrei regionale Vielfalt und kulturellen „Artenschutz“; statt steigende Monopolisierung durch internationale Konzerne Förderung mittelständischer Vielfalt und genossenschaftlicher Wirtschaftsweisen; statt Verteilungskrieg kooperative Gestaltung des Hauses Europa; statt Casino-Kapitalismus „soziale Marktwirtschaft“, die diesen Namen verdient; statt nur Wirtschafts- schließlich auch eine Sozialunion! Das sollte der Weg der Zukunft sein: ein soziales und freies, also wirklich liberales Europa!** Wenn ich die bisherige brachial-liberale Politik charakterisieren sollte in einem Gedanken, dann fällt mir der in der Diskussion oft gebrauchte Spruch ein: **„Wer einen Sumpf trockenlegen will, darf nicht die Frösche fragen!“** Ich stelle meine Kritik und meine Vorstellung von einem Europa unter die Forderung: **Keine autoritäre Definition dessen, was „Sumpf“ ist, keine zentralistische Festsetzung, wann und wie er „trockenzulegen“ sei, und keine zynische und völlig undemokratische „Nichtbefragung der Frösche“, also der Völker, Menschen, Bürger bei dieser Aktion! Und das auch aus ganz praktischen Gründen der problemadäquaten Lösungsentwicklung, der demokratieverträglichen Durchführung und der Stabilität der Ergebnisse! Das genau wäre einer „Wertegemeinschaft Europa“ angemessen.**

Zum Lesen noch einige Hinweise: Da dies kein streng wissenschaftliches Buch ist, habe ich die Quellenhinweise von Belegen gleich in kursiver Schrift in den Text gepackt (also kein dickes Fußnotenverzeichnis am Ende); orientierende Querverweise im Buch sind ebenfalls in kursiver Schrift eingestreut. Ansonsten habe ich statt Querverweisen eher etwas wiederholt, was mir an der jeweiligen Stelle in anderer Beleuchtung erneut bedeutsam erschien. Das komplexe Problem „Euro-Rettung“ bedingt eine verschränkte chronologische und thematische Darstellung. Das erfordert ebenfalls Wiederholungen jeweils bedeutsamer Aspekte oder Informationen – zum Beispiel der häufig wiederkehrende Hinweis auf die neoliberale Umgestaltung von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat in der kapitalistischen oder vom

*Kapitalismus beherrschten Welt, auf die Finanzkatastrophe von 2008/09, auf „angeborene“ Konstruktionsfehler der Währungsunion, auf die Blindstellen der „wissenschaftlichen“ Ökonomie, auf die Macht und die Machenschaften der Finanzindustrie. **Diese jeweils in neuen Zusammenhängen variierten Wiederholungen erfolgen auch deshalb, weil ich ermöglichen will, das Buch auch abschnittsweise nach jeweiligem Interesse lesen und verstehen zu können** (z.B. einfach mal die Exkurse herauszupicken oder mit den Kapiteln IV. oder V. zu beginnen). Ich habe mich bemüht, die Kapitel auch jeweils in sich verstehbar zu machen. Es ist, da ich versuche, alle wesentlichen Aspekte dieses Problems „Euro-/Schuldenkrise“ ausführlich, das heißt verstehbar zu beleuchten, etwas dick geworden. Aber so bleibt dem Leser erspart, noch viele weitere Bücher lesen zu müssen oder ständig bei Wikipedia nach Erklärungen zu suchen und sich diese auszudrucken oder letztlich doch wieder nur „so eine Ahnung zu haben“.*

*Außerdem habe ich Anmerkungen in kursiver Schrift in den Text eingestreut (statt langer Fußnoten, um den Lesefluß nicht unnötig zu stören.). Auch Zitate habe ich zur Verdeutlichung in kursiver Schrift kenntlich gemacht und viele Textstellen fett hervorgehoben zur „Strukturierung der Aufmerksamkeit“ und zur Hilfe beim rekapitulierenden Überfliegen des Textes. (**Achtung: Alle Hervorhebungen in den Zitaten durch Fettdruck sind von mir!**) Ganz wichtig an diesem Buch für „NichtökonomInnen“ sind 35 kleine Exkurse, um (ökonomische) Dinge verständlich zu machen (z.B. Begriffe wie Spekulation, Inflation, Lohnstückkosten, Schulden, Wettbewerb, Privatisierung, Leitzinspolitik, „Rationalität“ von Börsen, „No-Bailout-Klausel“, u. a.). Diese Exkurse sind des Leseflusses wegen in hellem Grau unterlegt. Schließlich habe ich als „Kundendienst“ fünf Listen bzw. Aufstellungen eingestellt: „Wesentliche Daten und Einigungsschritte zur EU und zum Euro“; „Steuererleichternde Gesetzesakte in der Bundesrepublik“; „Deregulierende Gesetzesakte in der Bundesrepublik“ sowie „Wichtige Institutionen, Gesetze und Verordnungen zur Vereinheitlichung der Haushalts- und Wirtschaftspolitik in der EU“ und zur „Regulierung der Finanzwirtschaft“, da solche Listen Prozesse verdeutlichen oder einfach helfen, die Medien zu verstehen, die oft unerklärt diese Kürzel verwenden. (Auch diese Listen habe ich hellgrau unterlegt.) Da diese Kürzel bzw. Abkürzungen natürlich oft in diesem Text vorkommen und es, auch wenn ich sie jeweils anfangs erkläre, schwer ist, die Übersicht zu behalten – zumal viele Leser das Buch ja wohl abschnittsweise lesen –, habe ich auf den **allerletzten** Seiten ein Abkürzungsverzeichnis angehängt. Wer sich genauer über Geschichte, Politik, Struktur und Organisation der EU und der Euro-Zone informieren will, erhält Informationsmaterial bei der*

EU selber, bei der Bundeszentrale für politische Bildung und bei Wikipedia. (Im Übrigen mögen mir rechtschreibfeste Leser nachsehen, dass ich bei den Kommaeregeln und bei der Getrennt- und Zusammenschreibung gelegentlich die alten Regeln beibehalten habe.)

Das ist also ein Aufbau, der versucht, Verstehen zu entwickeln zuerst aus dem Geschehenen, nicht nur aus einem theoretischen Konzept, das dann „stringent“ abgearbeitet wird. So macht hoffentlich auch das Lesen Spaß – es ist zumindest nicht so trocken. (Dem sollen übrigens auch eingestreute treffende Zitate und Aphorismen dienen.)

I. Die zerstörerische Krise und der politisch-mediale Nebel. Fünf Schwachpunkte und Leerstellen der Diskussion

„Nicht Tatsachen, sondern Meinungen über Tatsachen bestimmen das Zusammenleben.“ Andere Übersetzung: „Nicht die Dinge bringen die Menschen in Verwirrung, sondern die Ansichten über die Dinge.“ Epiktet, 50–138 n Chr.

Egal, ob wir die Rettungsaktionen seit über drei Jahren wütend, angstvoll, verwirrt oder völlig unverständlich verfolgen: Wir erleben sie fast ausschließlich durch die Medien. Deshalb ist der erste Schritt der Aufklärung die Beschäftigung mit der Debatte, wie wir sie „von außen“ erleben. Seit fast fünf Jahren beschäftige ich mich mit der „Finanz- und Wirtschaftskrise“ und der anschließenden „Euro- bzw. Schuldenkrise“. **Bei dieser Arbeit fielen mir fünf „Konstanten“ der Diskussion auf (von Politik reden wir später), die eine breite demokratische und europäische Debatte und damit eine erträgliche und zukunftssichere Lösung erschweren** und die ich hier schildere und kritisiere. Damit beginnt schon meine Kritik an der „Euro-Rettungspolitik“!

(1) Themenverengung: In der Publizistik und in TV-Beiträgen, teilweise auch im Internet **werden fast immer nur ein oder zwei Aspekte behandelt**, in der Regel ökonomische, finanz- und geldpolitische oder juristische Fragen, und außerdem viel zu selten Zustandsberichte/ Reportagen vor Ort. Das heißt, die reale Gemengelage wird in der Wahrnehmung in politisch gefahrvoller Weise reduziert. **Die Krise enthüllt ihr ganzes Gefährdungspotenzial aber erst, wenn man zusätzlich alle weiteren Aspekte zusammen betrachtet**, also zum Beispiel auch verfassungsrechtliche, staats- bzw. demokratiepolitische, europapolitische, soziologische und psychologische, medienpolitische, schließlich auch wissenschaftspolitische Aspekte (welche wissenschaftliche Ökonomie?) – und wenn man mit Reportagen bei den Menschen vor Ort ist. **Diese Krise ist zuerst ein Problem von Menschen in Europa!**

(2) Unverständlichkeit und mediale Oberflächlichkeit: Die Diskussion in den Medien (in den Parteien findet sie ja kaum statt!) ist zusätzlich zur thematischen Verengung **oft sehr abstrakt und fachchinesisch abgehoben**. Es gibt kaum Beiträge für den interessierten «Otto Normalverbraucher». Auch das führt dazu, **dass diese größte und gefährlichste Krise seit Gründung der EU mit einem Höchstmaß an Desinformation oder Uninformiertheit des Wahlvolkes einhergeht – ein gefährlicher Zustand!** Dieser Vorwurf betrifft natürlich die Politik, vor allem aber viele Medien. **Ich gebe zu: Die Problematik ist kompliziert, aber das Komplizierte aufzubereiten ist ja geradezu die Aufgabe der Medien! Da erleben wir ein viel zu großes Ausmaß an Trägheit, an Oberflächlichkeit (leider nicht nur personell, sondern strukturell bedingt: Personaleinsparungen, „Redaktionsrichtlinien“ u. a.).**

„Eigentlich sollten die Medien, neben ihrer kritischen Funktion, komplexe Sachverhalte ins Verständliche übersetzen. Doch wegen des unerhört gestiegenen Konkurrenz- und Zeitdrucks sind immer weniger Journalisten in der Lage oder fähig, genau diese Aufgabe zu erfüllen. An ihre Stelle tritt Skandalisierung und Personalisierung von Politik, Boulevardisierung der Medien, begleitet oft von einem Ton der Häme. Ich halte das für latent demokratiegefährdend.“ Wolfgang Thierse, ehem. Bundestagspräsident

Kaum wird z. B. unterschieden zwischen real geflossenem Geld und Kreditzusagen, kaum wird aufgeklärt, wie viel nun z. B. „die Griechen“, wie viel die Banken für ihre jeweilige Rettung erhalten, kaum werden die neu geschaffenen Verfahren und Institutionen erklärt. Uns fliegen also zig Abkürzungen und nicht mehr vorstellbare Summen um den Kopf. Wo z. B. erfahre ich als deutscher Staatsbürger aus allgemein zugänglichen Medien, was genau den Krisenländern als „unumgängliche Reformen“ aufs Auge gedrückt wurde und wird!? Es ist seitens der Politiker (und der „Ökonomen“) allerorts und stets gebetsmühlenartig nur vor diesen „notwendigen Reformen“ die Rede, die unbedingt durchgezogen werden müssen. Basta! Und die Medien plappern diese Mantras nach. *(Ein typisches Mantra: „Um die portugiesische Wirtschaft zu modernisieren und Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen, sind tiefgreifende Strukturreformen und eine Reduktion des öffentlichen Sektors nötig.“ Philipp Bagus, Die Fehlkonstruktion des Euro ... , Neue Zürcher Zeitung – NZZ, 18.8.2011.)*

Genauso blamabel für die selbsternannten „Wächter der Demokratie“ ist das ständige, flächendeckende und völlig unhinterfragende Geraune von „den Märkten“. Wie soll der normale Bürger das begreifen? Wo werden in allgemein zugänglichen Medien die Begriffe, die Theorien, vor allem die Konzepte mal hinterfragt? Oft erleben wir neben „Recherchier-Unlust“ und Bequemlichkeit auch offensichtliche Sprachregelungen, z. B. die auffällige Umdefinition von anfangs „Euro-Krise“ zu jetzt „Staats-schuldenkrise“ – wir werden sehen, dass dahinter politisches Kalkül steckt.

„Unsere derzeitige Strategie der Krisenlösung ist: Politiker, die keine Ahnung haben, umgeben sich mit Beratern, die nichts erklären können, um ein Problem zu lösen, das niemand mehr versteht. Wissen Sie, ich würde ja beten, wenn ich nicht wüsste, zur Linken Gottes sitzt ein ehemaliger Banker von Goldman Sachs.“ Der Kabarettist Claus von Wagner in den „Mitternachtsspitzen“, WDR, 6.10.2012

Dabei müsste das Ganze inhaltlich viel intensiver „kommuniziert“ werden, auch, um zu verhindern, was Jörg Asmussen, Direktoriumsmitglied der Europäischen Zentralbank (EZB), beklagt: „Das Spiel mit den nationalen Klischees ist eins der größten Gefährdungspotenziale der Krise.“ Dass die Bundestags-Abgeordneten – und wohl auch die Europa-Abgeordneten – oft nicht wissen, über was genau sie bei diesen vielen „Rettungsschirmen“ und Organisationsgesetzen abstimmen, darf kein Grund sein, auch die Bürger zu verdummen. Immerhin jedoch wird die durch eine fast unheimliche Geldschwemme in den letzten drei Jahren nicht einfach von der Hand zu weisende Inflationsgefahr etwas gründlicher, wenn auch verwirrend kontrovers diskutiert, zumindest in der Wirtschaftspresse. **Gelegentlich beschleicht uns aber die – ebenfalls unbeantwortete – Frage: Woher kommt all das viele Geld? Woher haben die Regierungen, die uns seit Jahren erzählen, ihre Kassen seien leer, auf einmal diese Milliardenbeträge?** Ganz fatal für die Mediendiskussion und damit für die Wahrnehmung der Krise in der Bevölkerung ist aber ein Leerfeld bzw. fast ein Tabu: **die Frage, wo das ganze Geld – vor allem für die Bankenrettungen – eigentlich hinfließt, wer die Begünstigten der „Rettungsschirme“ und Geldflutungen sind und wer die Leidtragenden?** Dieses Leerfeld, die Frage „Wer rettet hier eigentlich wen?“, ist schon erstaunlich und eigentlich mein zentraler Anlass für die **Beschäftigung mit dem Thema.** (Anm.: Ich schränke diesen „Verriss“ der deutschen Medienlandschaft etwas ein: Die meisten meiner Zitate oder Quellen-verweise entstammen renommierten deutschen Presseorganen und TV-Sendern – man findet sie schon, muss aber mit einem sehr strukturierten

Blick mühsame sammlerische Kärrnerarbeit leisten. Etwas einfacher ist es bei Detailfragen, sich im Internet zu informieren, z.B. Google/Wikipedia. Auch bei YouTube findet man gelegentlich Beiträge, ganz aktuell z.B. eine sehr informative Dokumentation zur Euro-Krise „eupoly“ (auch: www.startnext.de/eupoly))

„Dass Unsinn in den Medien verbreitet wird, ist nichts Neues. Neu ist, dass der Unsinn wechselseitig nicht mehr bestritten wird, dass wir es also nicht mehr mit publizistischen Konflikten über die richtige Darstellung von Vorgängen zu tun haben. Im Gegenteil: Ein wahrhaft postmoderner Rudeljournalismus jagt gemeinsam dieselben Säue durchs Dorf, und die verschiedenen Formate zwischen Boulevard und Qualität bekunden zunehmend Mühe, sich noch zu unterscheiden. Wir lesen, schauen und hören nicht nur überall dieselben Geschichten, sondern diese sind auch gemäß derselben Masche gestrickt.“ Kurt Imhof in der Neuen Zürcher Zeitung – NZZ, 8.12.2007; ich empfehle den ganzen Aufsatz von Kurt Imhof: „Medienpopulismus schadet der Aufklärung“, ebd.

(3) Insidergestus der kritischen, alternativen Medien und Versagen der (ökonomischen) Wissenschaft: Da, wo die Diskussion politisch grundsätzlicher und theoretischer, weit- und tiefgreifender geführt wird, wie vorwiegend in linken/alternativen Organen bzw. Zirkeln, **ist sie leider zu abgestellt auf ein geschultes Fachpublikum aus dem eigenen Dunstkreis** oder, wo sie plakativer wird, wie z.B. bei attac, auch wieder gemünzt auf das Vorverständnis derer, die eh wissen, wo es lang geht. Dabei sind das für den Bürger, der sich gründlicher informieren will, durchaus wichtige Beiträge, und es wäre gut, wenn auch Journalisten und Redakteure zumindest aufgeschlossener Wirtschaftsorgane sie gelegentlich einmal läsen, denn die wissen ebenfalls viel zu sicher, wo es langgeht, obwohl sie realiter erstaunlich oft nur im Nebel herumstochern (mit Ausnahmen).

Diese „Kritik“ an den alternativen Verlautbarungen ist bei mir aber auch ein „enttäuschter“ Reflex auf ein anderes, wirklich ärgerliches Leerfeld: Die enorme destruktive Wucht und Richtung der aktuellen Europapolitik in Bezug auf unsere Wirtschaft, unsere Gesellschaft, unser Rechtssystem, unsere Sozialstruktur, unsere Öffentlichkeit und Demokratie, unsere gesellschaftlichen/staatlichen Institutionen, unsere Arbeitswelt, letztendlich unser Wohlergehen findet so gut wie ohne Begleitung, Analyse und Hilfe aus dem Bereich statt, den die Gesellschaft sich eigens dazu organisiert hat und den sie finanziert: der Wissenschaft! Speziell zu

den Ökonomen sage ich viel in diesem Buch, wenig Positives. Die eben skizzierte Breite, wenn auch oft für die Bürger (besonders in Deutschland) bisher wenig erkennbare „tektonische Verschiebung“ tragender Elemente von Gesellschaft, Wirtschaft, Staat und Politik trifft auf ein großes Schweigen in den akademischen Hallen. Die Verfassungsjuristien, die Politologen, die Soziologen und andere aufgerufene Disziplinen (zum Beispiel die Berufspädagogen) beschäftigen sich mit allem Möglichen, aber kaum mit den sie betreffenden Problemstellungen der „Euro“- oder genauer der Europakrise, die vor unseren Augen und auch unter unseren Füßen abläuft. Das ist ein öffentlicher Skandal, und es ist beschämend für einen privilegierten Berufsstand, der so eingebildet daherkommt. Insofern müssen wir dankbar sein für das, was an grundsätzlicher Analyse und an Politikangeboten, aus den „linken“ alternativen Organisationen und Medien kommt. Ich möchte aber diesen toten akademischen Acker etwas aufbrechen! Leider ist der einzige akademische Berufsweig, der sich zum Thema gelegentlich öffentlich meldet, der der Ökonomen – nur mehr lautstark und plakativ als problemerkhellend in seinen wenig handlungsbezogenen Äußerungen und eher problemverstärkend aufgrund seiner vor allem in Deutschland mehrheitlich sehr ideologischen Ausrichtung. Diese bei uns vorherrschende Ökonomie ist kein Erheller des Problems, sondern eher ein Teil des Problems. Das ist eine bittere Erkenntnis, aber das kann sich ja ändern!

(P.S.: Da in den allgemein zugänglichen Medien überwiegend die üblichen neoliberalen Sichtweisen verbreitet werden, von der SZ über NZZ, FAZ, WELT bis SPIEGEL, Handelsblatt und FOCUS, nenne ich hier einige alternative Adressen, wo der Interessierte sich, in der Regel übers Internet, zusätzlich informieren kann zu den Themen EU / Euro / Wirtschafts- und Sozialpolitik: www.nachdenkseiten.de/ / www.sandimgetriebe.attac.at/ / www.lemondediplomatique.de/ / www.deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/ / www.isw-muenchen.de/, vor allem den isw-„report“ / www.imk-boeckler.de/ / BIG Business Crime, Quartalszeitschrift zu „Theorie, Praxis und Kritik der kriminellen Ökonomie“ / dazu Beiträge in ARTE, 3Sat und PHOENIX (die ich hier auch ausführlich als Quellen zitiere); bei der Presse ab und zu Tageszeitung „taz“ und „der Freitag“, mit dem nötigen kritischen Blick lohnt sich auch das Handelsblatt. / Interessante Informationen zu Themen vor allem der internationalen Wirtschaftspolitik finden sich natürlich auch auf den Internet-Seiten von attac, greenpeace, urgewald, terre des hommes u. a. Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs). Außerdem gibt es verschiedene Wirtschaftsblogs im Internet, die allerdings leider meistens sehr „insiderhaft“ agieren bzw. sehr fachlich-ökonomisch.)

„Im Moment habe ich den Eindruck, dass die Regierung den Bürger vom Citoyen zum Bourgeois zurückverwandeln will. Er soll, wie im 19. Jahrhundert, seine Geschäfte machen und möglichst wenig öffentliche Debatten führen. Produktiven Streit zu verhindern ist aber vor-demokratisch.“ Gesine Schwan

(4) Zwei Totschlag-Argumentationen zur Erstickung demokratischer Öffentlichkeit: Vor allem zwei Formeln bzw. Totschlagargumente vergiften und lähmen die politische Diskussion der letzten Jahre. **Das erste Totschlagargument ist das bekannte TINA-Argument**, ein Lieblingsargument der Kanzlerin (es gibt zu dieser oder jener Aktion keine Alternative – „There Is No Alternative“). Dieses Argument füttert sich (mit Verweis auf die Lehman-Pleite 2008 in den USA) mit dem ständigen Bedrohungsszenario von „Kettenreaktionen“ (die gute alte Dominotheorie) und „drohenden Zusammenbrüchen“ des Bankensystems, ja, ganzer Volkswirtschaften und des Euros, wenn wir nicht reinbuttern – zuletzt bei der Zypernrettung strapaziert. Und dieses Reinbuttern muss natürlich „subito“ passieren – Demokratie hin oder her! Ein Endlosschleifen-Sprecher ist dabei **Finanzminister Schäuble**: *„Das Finanzsystem muss davor bewahrt werden, dass durch den Zusammenbruch eines Instituts der gesamte Bereich zusammenbricht.“* (So in der ARTE-Dokumentation *„Staatsgeheimnis Bankenrettung“ vom 1.3.2013.*) Nebenbei muss man hier, wie bei vielen Mantras vor allem der „wissenschaftlichen Ökonomen“, die seit Jahren durch die Debatte geistern (Wettbewerbsfähigkeit, Staatsquote, Lohnstückkosten, Inflationsgefahr, Wachstum und Ähnliches), feststellen: Es hat noch kein Think-Tank, kein Ökonomenpool mal durchgerechnet oder durchgespielt (mit allen Fragezeichen, die dabei naturgemäß bleiben), was denn eigentlich passieren würde, wenn ..., was diese Schlagwörter denn nun konkret bedeuten. Und Schäubles obiges Mantra von „too big to fail“, von der „Systemgefährdung“, hat ja auch einen bezeichnenden Effekt für die fehlenden politischen Antworten auf die Finanzkatastrophe 2008/09. Irgendwann 2010 sagte Frau Merkel: *„In Europa darf nie wieder eine Bank so groß werden, dass sie das Finanzsystem gefährden kann.“* Folgen hatte dieser Satz, wie fast stets bei Frau Merkel, bisher keine, weil nämlich dann auch diese Folgen, z.B. die Zerschlagung von Großbanken, „systemgefährdend“ wären – usw. Ein Hund, der sich in den Schwanz beißt. Das „es gibt keine Alternative“ soll – außer dem Abwürgen von Diskussionen – wohl eher verdecken: Wir **wollen** keine Alternativen (Machtpolitik) oder: Wir **kennen** keine Alternativen (Dummheit).

„Die eherne Notwendigkeit ist ein Ding, von dem die Menschen im Verlauf der Geschichte einsehen, dass sie weder ehern noch notwendig ist.“ Friedrich Nietzsche, 1844–1900

Das zweite Totschlagargument: Die Fehler der Vergangenheit sind gemacht, die müssen wir jetzt nicht mehr diskutieren, sondern das, was jetzt zu tun ist! (So z.B. vehement der SPD-Politiker von Dohnany bei Anne Will, ARD vom 27.3.2013.) Wir werden sehen, dass fehlerhaftes politisches Handeln uns nicht nur in den Schlamassel reingeritten hat, sondern munter weiter betrieben wird mit der bössartigen Folge, dass wir so aus dem Schlamassel natürlich nicht herauskommen. **Das Argument „Schnee von gestern“ ist in der Politik in der Regel falsch, denn Fehler, wenn sie nicht aus purer Dummheit gemacht wurden, haben meist ihren Grund in einem falschen „Navigator“, sprich, einer bestimmten politischen Ideologie bzw. Programmatik. Wenn ich nach einer offensichtlichen Irrfahrt das Navi bzw. die Programmierung nicht ändere, mache ich die Fehler immer wieder.** Die Frage muss also sein, wenn wir die Fehler entdecken (und das tun heute bzgl. der Euro-Einführung fast alle!); Wie sind diese Fehler zu erklären? Wer sagt, alte Fehler seien gemacht und müssten nun nicht mehr diskutiert werden, will nur nicht als Wiederholungstäter entlarvt werden!

Hauptfehler bei der Eurogeburt war z.B. das neoliberale Glaubensmantra von der dynamischen, angleichenden, gleichgewichtsstabilisierenden Wirkung der freien Wettbewerbsmärkte, die die eklatanten wirtschaftlichen Unterschiede der Euro-Länder mehr oder weniger automatisch ausgleichen würde. **Heute ist Europa wirtschaftlich und politisch zerrissener denn je, und die Krisenpolitik, die weiter von diesem Irrglauben träumt, fördert das.** Nur auf der Basis dieses Irrglaubens sind ja die „Sparpakete“ und das Vertrauen auf eine baldige Normalisierung „nach den notwendigen Reformen“ sowie der „äußerst freizügige“ Umgang mit Geld, EZB-Schulden und „Rettungsschirmen“ zu begreifen – dieser kaum nachvollziehbare Glaube, dass, wenn die Krisenländer erst mal durch die „sicher harten“ neoliberalen Reformen „wettbewerbsfähig“ gemacht sind, dort Wachstum eintritt, das ausgeglichene Haushalte (und zwar nur durch Sparen!) und Schuldentilgung möglich macht und „zusammenwachsen lässt, was zusammen gehört“ – und das rasch; ja schon Anfang 2013 „zeigten sich erste Erfolge“, meinten einige Auguren dieser Glaubensrichtung.

(Anm.: TINA und neoliberale Strategie ergänzen sich lückenlos – und viele Medien gehen ohne Nachdenken und Nachprüfen fast hypnotisch auf dieser Linie. „So gut wie fast nie“ werden Fragen gestellt oder gar andere Möglichkeiten erwogen. Dieses Manko macht das aktuelle Krisenmanagement so gefährlich – für Ökonomie, Staat, Gesellschaft und Demokratie!)

(5) Unglaublicher „Gleichmut“ der Bürger: Ein eher gefühlsmäßiger Anstoß zu diesem Aufsatz war schließlich mein Erstaunen darüber, dass in der deutschen Nachkriegsgeschichte meines Wissens (ich bin seit 1960 politisch aktiv) **kein politisches Problem von so grundsätzlicher Bedeutung und so großem Risikopotenzial in teilweise und/oder streckenweise so dilettantischer, unausgegorener, hektischer, uninformatierter, ideologisch vernagelter, demagogischer und machtpolitisch rücksichtsloser Weise seitens der politischen Eliten bearbeitet wurde und wird** wie die Finanz- bzw. Wirtschafts- und die spätere Euro- bzw. Schuldenkrise. *(Anm.: Die ja längst nicht ausgestandene Finanzkrise von 2008/09 nenne ich lieber Finanzkatastrophe, denn der Begriff Krise verharmlost diesen Vorgang in seiner fortdauernden(!) materiellen und politisch-moralischen Brisanz!).* Und dass diese Politik so ohnmächtig, uninformatiert (Rolle der Medien), teilweise biertischartig, defätistisch bzw. halluziniert-sorglos seitens des (deutschen) Publikums begleitet wird (bis jetzt!) – eines Publikums, das seit fünf Jahren in einmaliger und atemberaubender Weise Opfer einer politisch organisierten „kalten Enteignung“ ist bzw. absehbar noch stärker zu werden droht –, macht mich doch etwas fassungslos. **Sichtbares Zeichen all dieser Aspekte ist für mich der unglaubliche, auch im Wahlergebnis sich niederschlagende Bonus, den die Bundeskanzlerin und ihr Finanzminister in der und durch die Krise erfahren, obwohl sie meines Erachtens einen je nach Lesart blinden oder zynischen Kurs fahren auf dem Rücken der Steuerzahler** – leider auch oft mit Hilfe der Medien, vorneweg BILD! Ich will hier das Gegenteil erreichen:

„Wir dürfen uns nicht scheuen, ab und zu eine der mit serviler Ehrfurcht gesalbten Gestalten vor unser privates Tribunal zu rufen.“ Stefan Zweig, 1881–1942

Soweit die fünf Beobachtungen zur **Krisendiskussion**. Ich will jetzt versuchen, Schritt für Schritt die Krisensituation bzw. **Krisenpolitik** aufzudröseln, um dieses düstere Szenario nicht nur zu behaupten, sondern einsichtig und nachvollziehbar zu machen, und das möglichst verständlich für den ökonomisch nicht fachgebildeten Interessierten. Dabei wiederhole

ich: Nur das schonungslose Aufspüren der vergangenen und aktuellen Fehler kann uns helfen, (a) die Gefahr zu verdeutlichen, in der auch wir Deutschen stecken (obwohl wir das im Moment noch nicht glauben), (b) **andere Lösungsversuche vorstellbar zu machen (nix TINA!)**, und (c) die Wirtschafts-, Banken- und Politik-Elite, die uns in dieser Krise gnadenlos das Fell über die Ohren zieht, nicht ungestraft davonkommen zu lassen.

Dass die Medien, über die wir doch letztlich alles erfahren, dabei so wenig hilfreich sind, dass wir eben nicht alles – ja, beim Thema „Eurorettung“ kaum etwas – erfahren, was als politische Information für uns wichtig ist, vor allem kaum etwas Zusammenhängendes, macht mir Sorge. Dass ein gigantischer Prozess an Geldverausgabung und politischer Gestaltung zu einem großen Teil an unseren demokratischen Gremien, zu einem noch größeren Teil an unseren Köpfen vorbeigeht, birgt Gefahren. Das Vertrackte ist die Kompliziertheit und die ungeheure Fülle des in bürokratischen Zentralen und undurchsichtigen, kaum kontrollierbaren Entscheidungsgremien Durchgesetzten. (Anm.: Ein aktuelles Beispiel für die wirkliche Schwierigkeit, dieses verzwickte und verzackte Problemknäuel „Euro-Politik“ zu begreifen und dann auch noch zu erklären, war eine Diskussion zwischen Sahra Wagenknecht (DIE LINKE) und Bernd Lucke (Aktion für Deutschland) im SPIEGEL, Heft 21/2013, S. 29ff. Es war ein Austausch von Plakatzeilen; hinter jeder steckt aber ein komplexer Argumentationsstrang, der so nicht vermittelbar ist. Das war nicht Schuld der Diskutanten, die diese Argumentationsstränge wohl im Kopf hatten, es ist das Problem dieses „Häppchen-Journalismus“. Nach drei Seiten weiß man eigentlich nicht mehr, als dass DIE LINKE und die Aktion für Deutschland zur aktuellen „Euro-Rettung“ sehr Unterschiedliches wollen. Mehr ist auf drei Seiten augenscheinlich nicht drin – aber hilft einem das? Ein jüngeres Beispiel: Ein Streitgespräch zwischen den deutschen Ökonomen Hans-Werner Sinn und Marcel Fratzscher über die aktuelle Europolitik; völlig kontrovers und – auf drei Seiten natürlich – nur schlagwortartig. Das Erkennbarste war, wie auf gleicher theoretischer Basis zwei völlig kontroverse „wissenschaftliche“ Aussagen, Einschätzungen und „Rezepte“ vorgestellt wurden – ein grundsätzliches Problem unserer ökonomischen Politikberatung. Ansonsten verstanden das Interview nur Ökonomen („Stich ins Herz“, DER SPIEGEL, Heft 44/2013, S. 74ff.)) **Seit einer Generation entscheidet die EU immer mehr über unser Leben – dabei viel häufiger nützlich als in der öffentlichen Meinung registriert! – und die Medien nehmen das kaum zur Kenntnis, außer, dass die berüchtigte „Gurkenkrümmung“ immer wieder aufgetischt wird. Jetzt brennt aber**

die „europäische Hütte“, da zeigt sich ein sträfliches Versäumnis: In den Redaktionsstuben von Printmedien, TV und Radio gibt es zu wenig europapolitische „Expertise“ (wie das heute heißt). Dafür mag es viele Gründe geben (z.B. zu trockenes Thema, zu geringer Personaletat), aber das kann doch nicht als Ausrede gelten! Dieses Versäumnis und dieses Versagen steht in einem auffallenden Gegensatz zu dem, wie „die Medien“ jeweils wichtigtuerisch auftreten, vor allem, wenn sie kritisiert werden.

„Klar ist aber: Das Internet hat das alte Geschäftsmodell zerstört, obwohl es noch lebt. (...) Keine Angst: Das heißt noch lange nicht, dass Journalismus verschwindet. Es liegt an uns selbst, ob es künftig weniger Texte gibt, weniger Recherche und weniger Aufklärung. Ich vermute, wir teilen die Ansicht, dass Demokratien durch Wissen und Wahrheit florieren und Schaden erleiden, wenn das meiste, was Menschen lesen, hören oder anschauen, verfärbt oder erfunden ist.“ Paul Steiger, „Wir brauchen Utopien“, DER SPIEGEL, Heft 44/2013, S. 140